

## Wie geht es mit Europa weiter?

**K**eine Frage: die Europäische Union (EU) steht politisch vor einer gewaltigen Herausforderung – vielleicht der größten seit der „Politik des leeren Stuhls“, als die französische Regierung von Juli 1965 bis Januar 1966 die Sitzungen des Ministerrats boykottierte, um gegen die Einführung der qualifizierten Mehrheit als Abstimmungsprinzip im Rat zu protestieren. Das „Non“ der Franzosen und das deutliche „Nee“ der Holländer beim Referendum über die EU-Verfassung sind ein klares Nein gegen „mehr“ Europa. Die Bevölkerung will zuerst die begonnenen Integrationsschritte zu einem guten Ende gehen, bevor sie sich an neue Herausforderungen heranwagt. Was hat die EU in der letzten Dekade nicht alles angepackt: die Vollendung des grenzenlosen Binnenmarktes, die Einführung des Euro, die Osterweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten und die Einigung auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Großartiges ist erreicht worden. Aber zu vieles ist auch auf halbem Wege stecken geblieben. Die Lissabon-Strategie, mit dem Ziel gestartet, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, ist schon fast kläglich gescheitert. Die Wachstumsschere zu den USA hat sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre nicht geschlossen. Sie hat sich weiter geöffnet. Anstatt das Kernstück der Lissabon-Strategie, die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte, voranzutreiben, haben die Staats- und Regierungschefs die Dienstleistungsrichtlinie im März 2005 zunächst einmal gestoppt. Die Angst vor einem „Lohndumping“ ist der Boden, auf dem Entsenderichtlinien sprießen, die das Herkunftslandprinzip aushebeln und verlangen, dass EU-Dienstleistungsbetriebe die Regeln des Ziellandes zu respektieren haben.

Aber auch die Währungsunion ist noch längst nicht in sich gefestigt. Nicht nur, dass die Finanzminister der großen Euro-Länder den Staatshaushalt nicht in den Griff kriegen und deswegen die Netto-Neuverschuldung Jahr für Jahr über der erlaubten 3%-Grenze liegt. Nicht nur, dass die Maastrichter Kriterien aufgeweicht worden sind und damit der Stabilitätspakt zum zahnlosen Papiertiger deformiert wurde. Sowohl in Deutschland wie auch in Italien verschaffen sich absurde Proteststimmen Gehör, die einen Austritt aus der Währungsunion und eine Rückkehr zur D-Mark und Lira verlangen. Als wäre der Euro Schuld an den ökonomischen Problemen, mit denen sich Westeuropa so schwer tut. Das Gegenteil ist richtig. Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte. Die Europäische Zentralbank hat für Preisniveaustabilität, sehr niedrige Realzinsen und damit billiges Kapital gesorgt, wovon ganz besonders auch die südeuropäischen Länder enorm profitieren – ein Vorteil, der dann auch wiederum Deutschland zugute kommt.

Besonders kritisch wird in weiten Bevölkerungsteilen der EU die Erweiterungspolitik bewertet. Bevor die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten richtig verdaut ist, macht man sich bereits an noch schwerere Brocken heran. Mit Bulgarien, Rumänien, Kroatien und vor allem der Türkei mutet sich die EU ein Erweiterungsverfahren zu, an dem sie sich leicht verschlucken könnte. Je weiter die EU nach Osten drängt, desto stärker entfernt sie sich von ihren ursprünglichen christlichen Werten, desto heftiger werden konfessionelle Gegensätze aufeinanderprallen und desto breiter wird der Graben zwischen Moderne und Orthodoxie, den es zu überwinden gilt. Wie soll eine EU, die 1957 als Rechts- und Wertegemeinschaft mit sechs vergleichsweise homogenen westeuropäischen Nachbarländern gestartet ist, mit dieser geballten Heterogenität fertig werden? Wie kann ein institutionelles Kleid, das für eine kleine Zahl von Ländern zugeschnitten wurde, auf 25 oder mehr Staaten passen, ohne dass die Nähte platzen?

Die verschiedenen unfertigen Baustellen der EU waren und sind das eine. Das andere sind die ökonomischen Sorgen. Die Globalisierungswelle rollt unvermin-



**Thomas Straubhaar**

---

dert über Europa hinweg. Der Strukturwandel geht ungebremst, wenn nicht gar beschleunigt weiter. Westeuropäische Industrieunternehmen verlagern arbeitsintensive Teile ihrer Wertschöpfungsketten in ausländische Niederlassungen in Osteuropa und Ostasien (Offshoring) oder beziehen immer mehr Vorleistungen von Zulieferern aus dem Ausland (Outsourcing). Industriearbeitsplätze gehen verloren. Neue Dienstleistungsjobs entstehen nicht im selben Ausmaß. Als Ergebnis verharrt die strukturelle Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Viele Europäer – und zunehmend nicht nur die Älteren und auch nicht nur die Unqualifizierten – haben Angst, ihre Beschäftigung zu verlieren. Deshalb suchen sie Schutz und Sicherheit. Dieses Gefühl finden sie weder in der EU, noch in der europäischen Verfassung, noch in den geplanten Ausbausritten des europäischen Hauses. Im Gegenteil halten sie den grenzenlosen Binnenmarkt, den Euro und die EU-Osterweiterung für die Ursachen vieler ökonomischer Probleme. Rationale Argumente zugunsten Europas helfen da wenig. Für Interessengruppen, die oft ganz andere Ziele verfolgen, war und ist es ein Leichtes, aus den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung Stimmung gegen die EU zu machen. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Man schimpft auf die EU und hat eigentlich die Globalisierung und den „kalten Neoliberalismus“ im Visier. Aus einem Referendum über die EU-Verfassung wird eine Abstimmung gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei, gegen eine weitere Öffnung der Märkte und gegen den Abbau der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

Das Nein gegen die Europäische Verfassung ist nicht das Ende Europas. Europa wird nicht in nationale Teile zerfallen. Der alles in allem so erfolgreiche Europäische Integrationsprozess der letzten fünfzig Jahre macht nur eine Pause. Und das ist gut so. Denn es besteht kein Grund zur Eile. Der Vertrag von Nizza bleibt bis auf weiteres gültig. Er ist eine Grundlage, auf der sich auch ohne Europäische Verfassung das Tagesgeschäft weiterführen und auch weiter entwickeln lässt. Er kann durch intergouvernementale Zusammenarbeit und Vereinbarungen ergänzt und verbessert werden. Fraglos bedarf der Vertrag von Nizza einer grundlegenden Revision, um den künftigen Herausforderungen einer EU von 25 und mehr Mitgliedstaaten gerecht zu werden. Das Nein der Bevölkerung gegen die Verfassung sagt jedoch „nicht so“ und „nicht jetzt“. Es ermöglicht den politischen Eliten nachzudenken, wieso eine Verfassung keine Mehrheit findet, obwohl sie den EU-Angehörigen mehr Demokratie, stärkere Bürgerbeteiligung und bessere Transparenz gebracht hätte. Vielleicht erkennen sie dann, dass der Verfassung die Seele gefehlt hat. Es fehlt die überzeugende Vision einer europäischen Zusammengehörigkeit, eines gemeinsamen Wir-Gefühls, einer Heimat, die Schutz und Geborgenheit, Vertrautheit und Bindung vermittelt.

Das Nein zur Europäischen Verfassung macht deutlich, dass der gesunde Menschenverstand klüger ist, als die politischen Eliten es oft wahrhaben wollen. Die EU-Bevölkerung hat den Widerspruch zwischen europäischem Reden und nationalem Handeln durchschaut. Wer sonntags in Brüssel wohlklingende Worte über Europa verlauten lässt, aber werktags zuhause den Stabilitätspakt hemmungslos verletzt, osteuropäische Arbeitskräfte des Lohndumpings bezichtigt und die Europäische Zentralbank für Wachstumsschwäche und Beschäftigungslosigkeit verantwortlich macht, wirkt als großer Europäer wenig überzeugend. Wer alles für seine Wiederwahl als nationaler Staats- oder Regierungschef tut und dabei Europa nur als Mittel zum Zweck im besten Falle für finanzielle oder politische Unterstützung braucht, im schlechteren Falle als Blitzableiter und Sündenbock missbraucht, ist definitiv das falsche Vorbild, um die Bevölkerung für die Aufgabe nationaler Autonomie zugunsten Europas zu begeistern. Solange dies so ist, darf man der EU-Bevölkerung die Schuld nicht in die Schuhe schieben, wenn sie ihre Politiker(innen) mit deren eigenen Waffen schlägt und Europa prügelt, aber die nationale Regierung treffen will.